

SCHUTZ VON GESCHÄFTSGEHEIMNISSEN (GESCHGEHG)

ZUM 2. TEIL: KOMMUNIKATIONSPOLITIK – KAP. 6.3.1 (SYSTEMATIK UND STRUKTUR DES UWG)

Der Schutz von geschäftlichen Geheimnissen war in §§ 17 bis 19 des UWG (2009, 2004, 2015) geregelt. Durch das am 26.04.2019 in Kraft getretene Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen (GeschGehG) wurde dieser Schutz auf eine völlig neue gesetzliche Grundlage gestellt. Das GeschGehG beruht auf den unionsrechtlichen Vorgaben der Richtlinie (EU) 2016/943 über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen (Geschäftsgeheimnisse) vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung. Durch das GeschGehG wurde der bislang primär strafrechtliche Schutz nach den §§ 17 bis 19 UWG (2015) durch ein zivilrechtliches Schutzsystem ersetzt. § 23 GeschGehG enthält aber auch für das neue Recht zusätzlich eine eigenständige Strafvorschrift. Der Schutz von Geschäftsgeheimnissen steht systematisch eigenständig neben dem Lauterkeitsrecht des UWG. Ob Geschäftsgeheimnisse nunmehr als (möglicherweise unechtes) „Immaterialgüterrecht“ oder auch nur als schlichtes „Immaterialgut“ einzuordnen sind, ist durchaus str., braucht hier aber nicht weiter vertieft zu werden. Aus Marketingsicht ist der Schutz von Geschäftsgeheimnissen aufgrund seiner lauterkeitsrechtlichen Verankerung der Kommunikationspolitik, der inhaltliche Schwerpunkt aber der Produktpolitik und dem Schutz geistigen Eigentums im weiteren Sinne zuzuordnen.

Grundbegriffe und Grundstrukturen des Gesetzes zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen	
Definition Geschäftsgeheimnis (§ 2 Nr. 1 GeschGehG)	„Information, a) die weder insgesamt noch in der genauen Anordnung und Zusammensetzung ihrer Bestandteile den Personen in den Kreisen, die üblicherweise mit dieser Art von Informationen umgehen, allgemein bekannt oder ohne Weiteres zugänglich ist und daher von wirtschaftlichem Wert ist und b) die Gegenstand von den Umständen nach angemessenen Geheimhaltungsmaßnahmen durch ihren rechtmäßigen Inhaber ist und c) bei der ein berechtigtes Interesse an der Geheimhaltung besteht“ Der nach den §§ 17 bis 19 UWG erforderliche subjektive Geheimhaltungswille ist durch das objektive Merkmal angemessener Geheimhaltungsmaßnahmen ersetzt worden. Hier wird sicher ein Schwerpunkt in der praktischen Anwendung des neuen Gesetzes liegen. Das Erfordernis eines berechtigten Interesses an der Geheimhaltung ermöglicht eine Verhältnismäßigkeitsprüfung im Einzelfall.
Praxis-Beispiele für angemessene Geheimhaltungsmaßnahmen¹	<ul style="list-style-type: none"> • Zugangs- und Nutzungsbeschränkungen. • Einrichtung eines strikten „Need-to-know“-Prinzips“ („Kenntnis nur, wenn nötig“). • Überwachung der Personen, die Zugriff auf Geschäftsgeheimnisse erhalten. • Kennzeichnung der Geheimnisse (z.B. ausdrückliche Vertraulichkeitsvermerke). • Geheimhaltungsvereinbarungen oder vertragliche Geheimhaltungsklauseln mit Geschäftspartnern (aber keine Pauschalklauseln). • Geheimhaltungsverpflichtung von Mitarbeitern im Arbeitsvertrag oder per separater Verpflichtung (aber keine Pauschalklauseln). • Technisch-organisatorische Maßnahmen (z.B. Passwortschutz, Verschlüsselung, Firewalls, Viren- und Malwareschutz, 2-Faktor-Authentifizierung, Sperrmöglichkeit durch Administrator, abgestufte Berechtigungskonzepte). • Speicherung von Geheimnissen ausschließlich auf unternehmenseigenen Geräten/Medien. • Keine Speicherung von Geheimnissen auf privaten Geräten/Medien des Mitarbeiters. • Maßnahmen, wonach Informationen bei der Übermittlung oder des Transports nicht unbefugt gelesen, kopiert, verändert oder entfernt werden können und der richtige Empfänger vorher ausreichend geprüft und festgestellt wird (sog. „Weitergabekontrolle“).

¹ Praxisempfehlungen aus einem Merkblatt der IHK Heilbronn-Franken (09/2019)

	<ul style="list-style-type: none"> • Sicherheitsvorgaben an Dienstleister und Geschäftspartner; auch an solche Dienstleister, die im Auftrag Daten verarbeiten. • Arbeitsanweisungen an Mitarbeiter, dass es sich um ein Geschäftsgeheimnis handelt. • Regelmäßiger Hinweis an die Mitarbeiter auf die gesetzlichen und vertraglichen Geheimhaltungspflichten. • Interne Richtlinien. • Schulung von Mitarbeitern. • Striktes Besuchermanagement (z.B. Zugangsbeschränkungen zum Firmengelände bzw. bestimmten Räumlichkeiten). • Gegebenenfalls Ernennung eines Geheimnisschutzbeauftragten. • Vertragliche und nachvertraglich Wettbewerbsverbote.
Ausdrücklich erlaubte Handlungen (§ 3 GeschGehG)	<p>Die Vorschrift stellt klar, dass es erlaubt ist, fremde Geschäftsgeheimnisse entweder durch eigenständige Entdeckung oder Schöpfung oder aber durch Beobachten, Untersuchen, Rückbauen oder Testen eines Produkts oder Gegenstands zu erlangen. Das sog. Reverse Engineering wird vom Gesetzgeber ausdrücklich für zulässig erklärt.²</p> <p>Ein Kernthema der §§ 17 bis 19 UWG (2015) war die Frage, inwieweit Arbeitnehmer nach Vertragsbeendigung ihre Fachkenntnisse und auch das durch ihre Tätigkeit erlangte Know-how weiter nutzen dürfen. Die Rechtsprechung zu den §§ 17 bis 19 UWG (2015) hat dabei stets betont, dass ein ehemaliger Mitarbeiter seine Kenntnisse und Fähigkeiten (also das eigentliche Know-how) nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in selbstständiger wie in unselbstständiger Form verwenden darf, soweit er keinem vertraglichen oder gesetzlichen Wettbewerbsverbot unterliegt.³ Man kann das plakativ Versandwege so formulieren: ein ausgeschiedener Mitarbeiter darf das in seinem Kopf gespeicherte Wissen und die beim vorigen Arbeitgeber erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten selbstverständlich einsetzen, er darf aber keine schriftlichen Unterlagen, Datenträger oder sonstige Aufzeichnungen mitnehmen und verwenden.</p>
Verbotene Handlungen (§ 4 I bis III GeschGehG)	<p>§ 4 I GeschGehG: Erlangung des Geschäftsgeheimnisses durch</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. unbefugten Zugang zu, unbefugte Aneignung oder unbefugtes Kopieren von Dokumenten, Gegenständen, Materialien, Stoffen oder elektronischen Dateien, die der rechtmäßigen Kontrolle des Inhabers des Geschäftsgeheimnisses unterliegen und die das Geschäftsgeheimnis enthalten oder aus denen sich das Geschäftsgeheimnis ableiten lässt, oder 2. jedes sonstige Verhalten, das unter den jeweiligen Umständen nicht dem Grundsatz von Treu und Glauben unter Berücksichtigung der anständigen Marktgepflogenheit entspricht. <p>§ 4 II GeschGehG: Nutzung und Offenlegung von unter Verstoß gegen § 4 Abs. 1 GeschGehG erlangten Geschäftsgeheimnissen, unter Verstoß gegen eine Verpflichtung zur Beschränkung der Nutzung des Geschäftsgeheimnisses oder gegen ein Verbot zu Offenlegung.</p> <p>§ 4 III GeschGehG: Erlangung, Nutzung oder Offenlegung über Dritte, die ihrerseits das Geschäftsgeheimnis rechtswidrig erlangt haben.</p>
Ausnahmen (§ 5 GeschGehG)	<p>Die Vorschrift enthält Ausnahmeregelungen, von denen insbesondere die ausdrückliche Legalisierung des Whistleblowing zur Aufdeckung einer rechtswidrigen Handlung oder eines beruflichen oder sonstigen Fehlverhaltens im öffentlichen Interesse erwähnenswert ist.</p>
Rechtsfolgen und Sanktionen (§§ 6 bis 14 GeschGehG)	<p>Das GeschGehG enthält nunmehr ein zivilrechtliches Sanktionensystem, dass der Verletzung von Patenten und anderen Schutzrechten weitgehend angeglichen ist.</p>
Strafvorschrift (§ 23 GeschGehG)	<p>Die Strafvorschrift des § 23 GeschGehG entspricht inhaltlich weitgehend den §§ 17 bis 19 UWG, so dass für die Auslegung der neuen Vorschrift auf die hierzu ergangenen Rechtsprechung zurückgegriffen werden kann.⁴</p>

² Emmerich/Lange (2019), § 10 Rn. 10.

³ BGH, 14.01.1999 - I ZR 2 / 9, GRUR 1999, 934 „Weinberater“; BGH, 27.04.2006 - I ZR 126/03, GRUR 2006, 1044 Rn. 13 „Kundendatenprogramm“.

⁴ Emmerich/Lange (2019), § 10 Rn. 15 f.